

Jürgen Braun (AfD) kritisiert China-Politik der Bundeskanzlerin



Im Deutschen Bundestag ging es am Freitag um die China-Politik der Bundesregierung. Die FDP hatte einen Antrag zur aktuellen Lage in Hong Kong eingebracht, doch der konnte nicht wirklich überzeugen. Deutlich wurde dagegen die AfD. Der menschenrechtspolitische Sprecher, Jürgen Braun, rammte Pflöcke ein: „Das kommunistische Regime schickt sich an, die demokratischen Rechte in Hongkong abzuschaffen. Mehr als anderthalb Millionen – mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung – haben den Mut gehabt, gegen das neue Sicherheitsgesetz zu protestieren.“

Es sei völlig legitim, die kommunistische Führung in Peking auch aus dem Ausland für ihre Pläne zu kritisieren, denn die verbale Kritik an Menschenrechtsverletzungen in einem anderen Staat sei keine Verletzung des völkerrechtlich garantierten Interventionsverbots. Das sei im heutigen Völkerrecht unbestritten. Braun: „Jeder souveräne Staat muß es hinnehmen, wegen möglicher Menschenrechtsverletzungen von anderen kritisiert zu werden.“

Braun, der selbst Jurist und Völkerrechtler ist, adressierte seinen Protest in Richtung China dabei sehr exakt: „Die Kritik am politischen Vorgehen des kommunistischen Regimes ist keine Kritik am chinesischen Volk. Es ist eine Kritik an der Gewaltherrschaft der kommunistischen Partei. Seit Generationen

haben die Chinesen keine Möglichkeit, ihre Regierung frei zu wählen.“

Letztlich, so attestierte Braun, sei das aktuelle Vorgehen Pekings in Hong Kong auf die Ein-China-Politik zurückzuführen. Diese Politik aber beruhe auf einem Dogma, „das auf Macht und letztlich nur auf nackter Gewalt beruht“. Sehr ungern wird man in Peking diesen Seitenhieb angesichts der Pekinger Drohungen gegen die taiwanesischen Präsidentin Tsia Ing-wen zur Kenntnis nehmen: „Wäre die Führung der kommunistischen Partei nicht nur machtpolitisch geschickt, sondern auch staatspolitisch weise, dann würde sie sich an der vorbildlichen Entwicklung Taiwans orientieren.“

Natürlich hatten die Zuhörer schon darauf gewartet, ob Braun sich auch die Bundeskanzlerin vorknöpfen werde. Sie wurden nicht enttäuscht. „Angela Merkel macht vor den chinesischen Kommunisten den Kotau“, sagte Braun, „an der Bürgerrechtsbewegung in Hongkong zeigt sie sich demonstrativ desinteressiert. Kurzgefasst: Die Menschen in Hongkong sind Angela Merkel ähnlich egal wie das deutsche Volk.“

Die Worte „deutsch“ oder „Deutschland“ spreche die Kanzlerin seit dem Herbst 2015, als eine Million Migranten die Grenzen flutete, kaum noch aus. Brauns vernichtendes Urteil: „Soviel Desinteresse am eigentlichen Souverän, dem deutschen Volk, hat noch kein Bundeskanzler gezeigt. Das geht auch zulasten der mutigen Freiheitskämpfer in Hongkong.“

Anders als die liberalen Antragsteller oder die Unionsfraktion, die sich in weitschweifigen Erklärungen erging, brachte der Völkerrechtler Braun die Fakten auf den Punkt: „China hat sich in der ‚Chinesisch-britischen gemeinsamen Erklärung zu Hongkong‘ gebunden. Es handelt sich hier um einen völkerrechtlich bindenden Vertrag.“

Und an diesen Fakten werden sich die Bundeskanzlerin ebenso wie ihr Außenminister messen lassen müssen, wenn die Versuche

des kommunistischen Regimes in Peking, die Demokratie in Hong Kong auszuhöhlen, weiter anhalten sollten. Wobei kaum zu erwarten steht, dass Merkel in ihrer zynischen Art der Machtausübung plötzlich den Kämpfern für Demokratie in Hong Kong ihr Herz öffnen wird.